

Satzungen

Abwasserverband Region Schöffland

auf Basis der Mustersatzungen des Kantons Aargau

Vorprüfung Rechtsdienst Kanton Aargau vom 20.2.2020 berücksichtigt

Vom Vorstand des Abwasserverbands Region Schöffland beschlossen am 26.8.2020 zuhanden der Gemeindeversammlungen der Verbandsgemeinden



Hirschthal



Kirchleerau



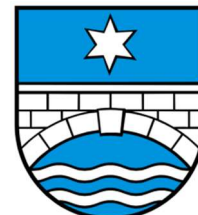
Schlossrued



Schmiedrued



Schöffland



Staffelbach

Verzeichnis der Artikel

1 Allgemeine Bestimmungen	3
§ 1 Name, Sitz	3
§ 2 Mitgliedschaft	3
§ 3 Zweck	3
§ 4 Rechtsträger, Betriebspflicht	3
§ 5 Eigentumsverhältnisse	3
2 Organisation	4
§ 6 Organe	4
§ 7 Beschlussfassung durch Gemeinden	4
§ 8 Vorstand, Konstituierung, Einberufung, Entschädigung, Amtsdauer	4
§ 9 Geschäftsordnung Vorstand	4
§ 10 Aufgaben Vorstand	5
§ 11 Vertretungsrecht	5
§ 12 Betriebsleitung	5
§ 13 Sekretariat, Rechnungsführung	6
§ 14 Kontrollstelle	6
3 Stimmberechtigte	7
§ 15 Referendumsrecht	7
§ 16 Auskunft- und Antragsrecht	7
4 Betrieb der Verbandsanlagen	7
§ 17 Grundsätze	7
§ 18 Pflichten der Verbandsgemeinden	7
§ 19 Überprüfung der angeschlossenen Anlagen	8
5 Finanzierung	8
§ 20 Beschaffung der finanziellen Mittel	8
§ 21 Verteilschlüssel	8
6 Schlussbestimmungen	8
§ 22 Verbindlichkeiten des Verbands	8
§ 23 Haftung	8
§ 24 Aufsicht, Beschwerde	8
§ 25 Austritt	9
§ 26 Auflösung	9
§ 27 Satzungsänderungen	9
§ 28 Inkrafttreten	9

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name, Sitz

¹ Unter dem Namen "Abwasserverband Region Schöffland " besteht ein Gemeindeverband im Sinne von § 74 ff. des Gesetzes über die Einwohnergemeinden (GG) vom 19. Dezember 1978 sowie gestützt auf § 19 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässer EG Umweltrecht, EG UWR) vom 4. September 2007.

² Der Verband hat seinen Sitz in Schöffland.

§ 2 Mitgliedschaft

¹ Dem Verband gehören die Einwohnergemeinden Hirschthal, Kirchleerau, Schlossrued, Schmiedrued, Schöffland und Staffelbach an.

² Der Beitritt weiterer Gemeinden oder die Entlassung von Gemeinden bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Verbandsgemeinden, der Änderung der Satzungen und der Genehmigung durch den Regierungsrat.

³ Der Vorstand regelt die Eintrittsbedingungen.

§ 3 Zweck

¹ Der Verband bezweckt die gemeinsame Reinigung der Abwässer der Verbandsgemeinden.

² Er betreibt und unterhält die Abwasserreinigungsanlage "Peukmatte" in Schöffland (nachstehend ARA Region Schöffland genannt), sowie die im Eigentum des Verbands stehenden Leitungen und Aussenanlagen.

³ Bau, Unterhalt, Ausbau und Erweiterungen aller im Eigentum des Verbands stehenden Anlagen und Leitungen richten sich nach den jeweiligen Erfordernissen des Gewässerschutzes und der Gesetzgebung und fallen in die Kompetenz des Verbands.

§ 4 Rechtsträger, Betriebspflicht

¹ Der Verband ist Träger aller dinglichen und obligatorischen Rechte an den Verbandsanlagen.

² Er ist befugt, für Betrieb und Unterhalt seiner Anlagen Dritte zu beauftragen.

§ 5 Eigentumsverhältnisse

¹ Die Parzelle Schöffland Nr. 1724 sowie die darauf befindlichen Anlagen und Anlageteile (nachstehend Verbandsanlagen genannt) stehen im Eigentum des Verbands.

² Die Übernahme weiterer Abwasseranlagen, Anlageteile oder Kanäle, die sich innerhalb der Verbandsgemeinden befinden, liegt in der Kompetenz des Verbands.

³ Die Kanalisationsleitungen sind Eigentum jener Gemeinden, auf deren Gemeindegebiet sie liegen. Bei Erstellung neuer Leitungen, die im Interesse von mehreren Gemeinden liegen, regeln die betroffenen Gemeinden die Kostenverteilung nach Vorteil.

⁴ Die Gemeinden sorgen für den Unterhalt und einen reibungslosen Betrieb ihrer Anlagen.

Die Anschluss- und Benützungsgebühren sowie Er-schliessungsbeiträge für Abwasseranlagen stehen denjenigen Gemeinden zu, in deren Gebiet die ange-schlossenen Liegen-schaften liegen.

Für Liegenschaften, die an ein Kanalisationsnetz einer anderen Gemeinde angeschlos-sen werden, gilt das Abwasserreglement derjenigen Gemeinde, die das Wasser auf-nimmt.

2 Organisation

§ 6 Organe

Organe des Verbands sind der Vorstand und die Kontrollstelle.

§ 7 Beschlussfassung durch Gemeinden

Die Gemeindeversammlungen der Verbandsgemeinden beschliessen über:

- a) Änderung des Zwecks
- b) Auflösung des Verbands

§ 8 Vorstand, Konstituierung, Einberufung, Entschädigung, Amtsdauer

¹ Der Vorstand besteht aus 7 Mitgliedern, wovon 2 von Schöffland und je 1 aus den übrigen Gemeinden, welche von den Gemeinderäten der Verbandsgemeinden gewählt werden.

² Der Vorstand konstituiert sich selbst. Er wählt die Präsidentin beziehungsweise den Präsidenten, die Vizepräsidentin beziehungsweise den Vizepräsidenten sowie die Aktuarin oder den Aktuar, die Rechnungsführerin oder den Rechnungsführer, die Betriebsleitung und die Geschäftsführung, sofern diese Aufgaben nicht Dritten übertragen werden. Aktuar und Rechnungsführer wohnen, wenn sie nicht zugleich Vorstandsmitglieder sind, den Sitzungen mit beratender Stimme bei.

³ Die Präsidentin beziehungsweise der Präsident beruft den Vorstand ein, so oft es die Geschäfte erfordern, mindestens jedoch einmal im Jahr. Die Einladung muss mit Traktandenliste, schriftlich, mindestens 14 Tage im Voraus erfolgen.

⁴ Die Vorstandsmitglieder beziehen zu Lasten des Verbands ein Sitzungsgeld. Besondere Aufgaben werden zusätzlich entsprechend dem Arbeitsaufwand entschädigt.

⁵ Werden Aufgaben an Dritte vergeben, regelt der Vorstand deren Entschädigung vertraglich.

⁶ Die Amtsdauer der Vorstandsmitglieder entspricht jener der Gemeinderäte. Bis zur Neu- oder Wiederwahl amten die bisherigen Mitglieder weiter.

§ 9 Geschäftsordnung Vorstand

¹ Der Vorstand ist verhandlungs- und beschlussfähig, wenn eine Sitzung ordnungsgemäss einberufen worden ist und mindestens 4 Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit gibt die Präsidentin beziehungsweise der Präsident den Stichentscheid.

² Die Sitzungen des Vorstandes sind nicht öffentlich.

§ 10 Aufgaben Vorstand

¹ Der Vorstand ist für alle Gegenstände zuständig, die in den Kompetenzbereich des Verbands fallen und nicht in Gesetz oder Satzungen ausdrücklich einem anderen Verbandsorgan vorbehalten sind.

² Ihm stehen insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse zu:

- a) Beschlussfassung über das Budget sowie die Genehmigung der Jahresrechnung und der Kreditabrechnungen,
- b) Erwerb, Veräußerung, Abtretung und Abtausch von Grundstücken und Rechten,
- c) Beschlussfassung über Investitionen,
- d) Erlass und Änderung des Kostenteiler-Reglements und allfällig weiterer Reglemente,
- e) Erstellung und Führen eines Massnahmenkatalogs zur Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften und des Gewässerschutzes,
- f) Erlass von Betriebsvorschriften sowie Erstellen von Pflichtenheften, Leistungsbeschreibungen und Dienstleistungsverträgen,
- g) Vergabe von Aufträgen sowie Arbeiten und Lieferungen unter Beachtung der Submissionsvorschriften,
- h) Anstellung des Betriebspersonals und Festlegung der Anstellungsbedingungen,
- i) Stellungnahme bei Anschlüssen gemeindeeigener Zuleitungskanäle an die Verbandsanlagen und von Direktanschlüssen privater Anlagen an verbandseigene Anlagen zu Händen des zuständigen Gemeinderats,
- j) Übernahme von Abwasseranlagen (Leitungen, Pumpwerke, Regenbecken etc.) von Verbandsgemeinden
- k) Unterstützung der Gemeinden bei der Festsetzung von Bedingungen und Auflagen für den Anschluss von nicht häuslichem Abwasser an das Kanalnetz der Verbandsgemeinden,
- l) Abschluss von Entsorgungsverträgen,
- m) Vertretung des Verbands nach aussen, in Rechtsstreitigkeiten und Prozessen jeder Art

³ Für Aufgaben, die der Vorstand nicht allein lösen kann, beteiligt er sich bei entsprechenden Organisationen.

⁴ Der Vorstand kann zu seiner Entlastung sowie zur Übernahme spezieller Aufgaben Kommissionen, Fachausschüsse oder Fachleute einsetzen. Aufgaben und Kompetenzen sind in Reglementen festzulegen.

§ 11 Vertretungsrecht

¹ Der Verband verpflichtet sich durch Kollektivunterschrift. Zeichnungsberechtigt sind die Präsidentin beziehungsweise der Präsident und die Vizepräsidentin beziehungsweise der Vizepräsident untereinander oder zusammen mit der Aktuarin oder dem Aktuar, der Rechnungsführerin oder dem Rechnungsführer.

² Der Vorstand kann bei Bedarf das Zeichnungsrecht erweitern.

§ 12 Betriebsleitung

¹ Die Betriebsleitung kann einer Verbandsgemeinde oder im Auftragsverhältnis an Dritte vergeben werden.

² Die mit der Betriebsleitung beauftragte Person ist verantwortlich für den gesamten Betrieb der Verbandsanlagen und der ihr anvertrauten weiteren Anlagen und sorgt für die

fachgemässe Instruktion des ihr unterstellten Personals. Sie nimmt an den Sitzungen des Vorstands mit beratender Stimme teil.

³ Die Betriebsleitung wird entsprechend dem Arbeitsaufwand entschädigt, wobei ökonomische und ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind. Übernimmt eine Verbandsgemeinde diese Aufgabe, fällt ihr die entsprechende Verwaltungsentschädigung zu.

§ 13 Sekretariat, Rechnungsführung

¹ Die Aktuarin oder der Aktuar führt das Sekretariat des Verbands.

² Die mit der Rechnungsführung beauftragte Person führt die Verbandsrechnung nach den Vorgaben des kantonalen Rechts.

Ein allfälliges Kontokorrentguthaben bzw. eine allfällige Kontokorrentschuld des Verbandes wird nach marktüblichen Konditionen verzinst.

Der Vorstand stellt den Gemeinden bis 31. August das Budget für das kommende Rechnungsjahr mit Angabe der Anteile an die Betriebskosten sowie allfällige Kreditbegehren zu. Die Gemeindeanteile werden am 1. April des Rechnungsjahres zur Zahlung fällig. Für verspätete Zahlungen ist ein Verzugszins von 5 % pro Jahr zu entrichten.

Budget, Verbandsrechnung und Rechenschaftsberichte sind öffentlich zugänglich zu machen.

³ Das Sekretariat und die Rechnungsführung können zusammengelegt und einer Verbandsgemeinde oder im Auftragsverhältnis an Dritte vergeben werden.

⁴ Die Arbeiten für das Sekretariat und die Rechnungsführung werden entsprechend dem Arbeitsaufwand entschädigt. Übernimmt eine Verbandsgemeinde die Betreuung dieser Aufgaben, fällt ihr die entsprechende Verwaltungsentschädigung zu.

§ 14 Kontrollstelle

¹ Die Kontrollstelle besteht aus 3 Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Sie werden durch die Gemeinderäte gewählt.

² Sie prüft die Rechnungen des Verbands und erstattet dem Vorstand über ihren Befund einen schriftlichen Bericht.

³ Die Bilanz wird durch eine externe Revisionsstelle geprüft.

⁴ Als Unterstützung der Kontrollstelle kann auf Beschluss des Vorstands eine ausgewiesene Revisionsgesellschaft eingesetzt werden.

3 Stimmberechtigte

§ 15 Referendumsrecht

¹ Beschlüsse des Vorstands werden der Volksabstimmung unterbreitet, wenn

- a) 5% der Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden dies innert 60 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, verlangen,
- b) die Gemeinderäte von mindestens einem Viertel der Verbandsgemeinden dies innert 60 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, verlangen,
- c) der Vorstand dies beschliesst.

² Folgende Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum:

- a) Budget und Rechnungen
- b) Verpflichtungskredite
- c) Erlass und Änderung von Reglementen
- d) Satzungsänderungen

³ Beschlüsse des Verbandes werden im offiziellen Publikationsmittel der Verbandsgemeinden publiziert.

§ 16 Auskunft- und Antragsrecht

¹ Die Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden können vom Vorstand Auskunft über nicht vertrauliche Angelegenheiten des Verbandes verlangen.

² Jeder Gemeinderat der Verbandsgemeinden sowie 10 Stimmberechtigte der Verbandsgemeinden können verlangen, dass ein den Verband betreffendes Geschäft behandelt wird. Eine Vertretung der Antragstellenden kann zu den Sitzungen eingeladen werden.

4 Betrieb der Verbandsanlagen

§ 17 Grundsätze

¹ Die Anlagen des Verbands sind fach- und vorschriftsgemäss zu betreiben und zu unterhalten.

² Die Regenbecken und Abwasserpumpwerke der angeschlossenen Verbandsgemeinden und die darin enthaltenen technischen Einrichtungen und Geräte werden – sofern keine anderslautende Regelung vorliegt – durch das Betriebspersonal betrieben, gewartet und unterhalten.

§ 18 Pflichten der Verbandsgemeinden

¹ Die Verbandsgemeinden halten ihre Kanalnetze und Anlagen dauernd in fachgemäsem Zustand und beheben Störungen, die den Betrieb der Verbandsanlagen beeinträchtigen können.

² Die Verbandsgemeinden haben dem Vorstand auf Anfrage hin Auskünfte über bestehende Abwasseranlagen zu erteilen.

³ Bei neuen abwasserrelevanten Bauvorhaben oder Umnutzungen ist der Abwasserverband in das Baubewilligungsverfahren einzubeziehen. Vom Vorstand auferlegte Bedingungen und Auflagen sind von den Gemeinden in die Baubewilligung oder in die Kanalisationsanschlussbewilligung aufzunehmen.

§ 19 Überprüfung der angeschlossenen Anlagen

Der Vorstand ist berechtigt, alle Abwasseranlagen in den Verbandsgemeinden, auch auf privaten Arealen, jederzeit auf den vorschriftsgemässen Zustand hin zu prüfen oder prüfen zu lassen.

5 Finanzierung

§ 20 Beschaffung der finanziellen Mittel

¹ Der Verband beschafft sich die für die Erfüllung seiner Aufgabe notwendigen Mittel selbst und führt eine eigene Rechnung sowie eine Termin- und Finanzplanung.

§ 21 Verteilschlüssel

¹ Die Betriebs- und Verwaltungs- wie auch die Finanzierungskosten werden auf die Verbandsgemeinden grundsätzlich verursachergerecht nach Art und Menge des zugeleiteten Abwassers verteilt.

² Die Ermittlung der Kostenanteile der einzelnen Verbandsgemeinden wird im Reglement über die Kostenverteilung definiert.

³ Die Kosten des Betriebs, der Wartung und des Unterhalts der Regenbecken und Pumpwerke werden durch die jeweilige Standortgemeinde getragen, auch wenn Wartung und Unterhalt durch den Verband ausgeführt werden. Der Verband schliesst separate Vereinbarungen mit den betreffenden Gemeinden ab.

6 Schlussbestimmungen

§ 22 Verbindlichkeiten des Verbands

Für die Verbindlichkeiten des Verbands haftet vorab das Verbandsvermögen. In zweiter Linie haften die Verbandsgemeinden nach Massgabe des Verteilschlüssels.

§ 23 Haftung

Wer durch seinen Betrieb, seine Anlagen oder durch seine Handlungen oder Unterlassungen infolge Missachtung der gesetzlichen Vorschriften sowie der vorliegenden Satzungen Schäden an den Verbandsanlagen verursacht, haftet für den dadurch entstandenen Schaden.

§ 24 Aufsicht, Beschwerde

¹ Die Anlagen unterstehen der technischen Oberaufsicht der Abteilung für Umweltschutz des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt. Im Übrigen untersteht der Verband der Staatsaufsicht nach den Vorschriften über die Gemeindegesetzgebung.

² Gegen Beschlüsse des Vorstands kann gemäss § 105 GG Beschwerde geführt werden.

³ Das eidgenössische und das kantonale Recht bleiben vorbehalten.

§ 25 Austritt

Der Austritt einer Gemeinde aus dem Verband kann unter Beachtung einer Kündigungsfrist von 5 Jahren auf Ende eines Kalenderjahres erfolgen. Die austretende Verbandsgemeinde verliert jeden Anspruch am Verbandsvermögen. Die Haftung für bestehende Verbindlichkeiten des Verbands oder diesem gegenüber bleibt bestehen.

§ 26 Auflösung

Die Auflösung des Verbands bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Verbandsgemeinden sowie des Regierungsrats. Der Vorstand führt mit allfälliger Unterstützung durch den Kanton und unter Vorbehalt von § 82 Abs. 3 GG die Liquidation durch.

§ 27 Satzungsänderungen

¹ Über Satzungsänderungen ohne finanzielle Konsequenzen entscheidet unter Vorbehalt von §7 und §15 Abs. 2 lit. d) der Vorstand.

² Alle übrigen Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung der Legislative der Verbandsgemeinden.

§ 28 Inkrafttreten

Diese Satzungen treten nach erfolgter Genehmigung durch die Gemeindeversammlungen der Verbandsgemeinden mit der Genehmigung durch das Departement Volkswirtschaft und Inneres in Kraft.

In Endfassung Auflistung aller Gemeinden in folgender Form:

Beschlossen durch die Gemeindeversammlung von [Gemeinde] am [Datum]
NAMENDS DES GEMEINDERATS [GEMEINDE]

Gemeindeammann Gemeindeschreiber

[xxx]

[xxx]

[weitere Gemeinden]

Genehmigung durch Departement Volkswirtschaft und Inneres

Aarau, den